

Kiel, im September 2022

## Für Nord- und Ostsee ist es eine Minute vor Zwölf!

Die Gefährdung von Nord- und Ostsee durch versenkte Altmunition aus dem 2. Weltkrieg und früher ist seit langem bekannt. Der Verein Maritimes Viertel hat dazu mit anerkannten Experten im Sommer 2022 eine Vortragsreihe durchgeführt. Deren Erkenntnisse laufen auf Folgendes hinaus:

Die Bedrohung der Meere, ihrer Tier- und Pflanzenwelt und ihrer Anrainer wächst stetig. Vom losen Sprengstoff geht bereits eine wissenschaftlich erwiesene toxikologische Belastung der Meeresflora aus, die deutlich höher ist als die Belastung durch ‚intakte‘ Munition. Mit jedem Jahr zersetzen sich die Metallkörper der Altmunition stärker und geben die toxischen Inhaltsstoffe an die Umwelt ab. Munitionssprengungen verschärfen das Problem, da auch sie den enthaltenen Sprengstoff zu kleinen Anteilen lose verteilen. Die Konzentration toxischer Stoffe im Meer wird noch weiter zunehmen; auch wird die Bergung mit jedem Jahr gefährlicher, da die Sensitivität der Sprengstoffe wächst und Munitionsobjekte schlechter zu greifen sind.

Gesundheit und Diversität der marinen Ökosysteme sind daher zunehmend bedroht, mit ihnen auch der Mensch als Nutzer der Meere für vielfältige wirtschaftliche, wissenschaftliche, Erholungs- und touristische Zwecke. Trotzdem wurde das Problem bisher weitgehend ignoriert. Positiv ist, dass ab 2016 vermehrt deutsche und europäische Forschungsgelder geflossen sind und wissenschaftliche Fortschritte erzeugt werden konnten.

Damit die notwendigen technischen Möglichkeiten für eine finale Entsorgung in einem systematischen Ansatz angegangen werden können, wurde im Rahmen internationaler Projekte – auch unter Beteiligung von Wirtschaftsunternehmen – eine erforderliche Investition von rund 100 Mio. Euro einvernehmlich festgestellt.

Die gegenwärtige Bundesregierung hat sich in ihrem Koalitionsvertrag bereits auf ein Sofortprogramm und einen Bund-Länder-Fonds zur Finanzierung von Bergungskosten geeinigt. Im Haushalt des Bundes stehen dem Bundesumweltministerium (BMUV) aktuell Mittel für die Planung und Projektsteuerung zur Verfügung. Für den Bundeshaushalt 2023 hat die Bundesregierung Investitionen in Höhe von 22 Mio. Euro beantragt. Für den Nationalen Meeresschutz, darunter auch Munition im Meer, plant das BMUV zwischen 2022 und 2026 insgesamt 58,6 Mio. Euro aufzuwenden.

**Das Geld des Bundes reicht also nicht einmal für den ersten Schritt!**

Da das Problem nicht zuletzt die Länder mit Küsten an Nord- oder Ostsee betrifft, ist der Bund-Länder-Fonds vorgesehen, aus dem die Räumung "solide" finanziert werden soll. Wann wird darüber verhandelt werden?

Das ungelöste Problem stellt nicht die Bergung der Altmunition dar. Lageplätze sind mittlerweile mit großer Genauigkeit kartiert, Deutschland verfügt auch über eine leistungsfähige Privatindustrie im Bereich der Munitionsbergung.

Ungelöst ist vielmehr die umweltneutrale Beseitigung der geborgenen Stoffe. Ein sicherer Transport von Millionen Tonnen dieser Altlasten zur zuverlässigen Vernichtung in Deutschlands einziger geeigneten Anlage, die in Munster steht, wäre nicht nur logistisch, sondern auch politisch kaum zu bewältigen. Als gute Alternative dazu sehen die beteiligten Fachleute schwimmende Plattformen, auf denen Bergung und umweltgerechte Vernichtung in einem Zug erledigt werden können.

Für die Entwicklung des Prototyps dieser Plattformen werden, wie schon gesagt, 75 - 100 Mio. Euro geschätzt. Diese müssten in einer Summe zur Verfügung stehen, damit ein entsprechender Auftrag im Einklang mit dem Haushaltsrecht vergeben werden darf. Dies ist zurzeit nicht der Fall.

Die Erkenntnisse aus Bau und Betrieb dieser ersten Plattform werden helfen, die Leistungen zu beschreiben, die aus Mitteln des Bund-Länder-Fonds bezahlt werden. Um die beschriebene Belastung allein der Ostsee in überschaubarer Zeit zu reduzieren, können nach derzeitigem Wissensstand 3, höchstens 8, Plattformen wirtschaftlich ausgelastet werden.

Für Nord- und Ostsee ist es eine Minute vor Zwölf!

Wir fordern daher:

- zügige Vorlage eines Stufenplanes für den Schutz der Meere vor der toxikologischen Belastung durch Altmunition durch die Bundesregierung, vertreten durch das Umweltministerium
- entscheidende Schritte zur Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen allen Akteuren – Bund, Länder, Wissenschaft und Schlüsseltechnologien -> z.B. Erweiterung des BLANO Expertenkreises „Munition im Meer“ mit regelmäßigen zielführenden Treffen und Beschlüssen
- Bereitstellung der als notwendig erkannten 100 Mio. Euro für den ersten Schritt zu einem systematischen Vorgehen im Bundeshaushalt 2023
- Beginn der Erarbeitung einer Leistungsbeschreibung für den Prototyp der Bergungs- und Entsorgungsplattform noch 2022
- umgehende Einrichtung und finanzielle Ausstattung des geplanten Bund-Länder-Fonds
- Beseitigung verwaltungstechnischer Hürden für die dringende Aufgabe der Munitionsbergung und -vernichtung in Nord- und Ostsee.

Die Unterzeichneten:

- ◆ Ingrid Lietzow - Vorsitzende Verein Maritimes Viertel Kiel-Wik e.V.
- ◆ Prof. Dr. Jens Greinert - GEOMAR Helmholtz Zentrum für Ozeanforschung Kiel, Leiter der Arbeitsgruppe DeepSea Monitoring
- ◆ Dr. Ulf Kämpfer - Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Kiel, ehem. Staatssekretär im Umweltministerium des Landes Schleswig-Holstein
- ◆ Hans-Hermann Lückert -Vorsitzender Nautischer Verein zu Kiel e.V.
- ◆ Prof. Dr. Edmund Maser – Direktor des Instituts für Toxikologie und Pharmakologie der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel
- ◆ Jens Sternheim – langjähriger Vorsitzender des Expertenkreises „Munition im Meer“
- ◆ Uwe Wichert – militärhistorischer Berater des Expertenkreises „Munition im Meer“